

Nordkoreas Atomraketen: Wenige gute Handlungsoptionen

Michael Paul und Elisabeth Suh

Schon in den 1990er Jahren wurde die Raketenentwicklung in Nordkorea mit Sorge betrachtet, aber Satellitenaufnahmen entlarvten im Januar 2000 die einzige vorhandene Testanlage als leere Drohung. Noch 2012 wurde Nordkorea als Papiertiger bezeichnet, weil seine Fähigkeit zum Bau nuklear bewaffneter Raketen als sehr unwahrscheinlich galt. Seitdem gab es aber signifikante Fortschritte bei Nuklearwaffen und Trägersystemen.

Dem ersten Nuklearwaffentest 2006 folgten seit Amtsantritt von Kim Jong-un 2011 fünf weitere Tests, zuletzt im September 2016 mit einer Sprengkraft von 20 bis 30 Kilotonnen. Das Regime soll über ein Dutzend nukleare Sprengsätze verfügen und könnte im schlechtesten anzunehmenden Fall über bis zu 100 Nuklearwaffen bis zum Jahr 2020 verfügen.

Die Raketenstarts vom Mai 2017 zeigten weitere Fortschritte, die zur Entwicklung einer Interkontinentalrakete (ICBM) nützlich sind. So wurde am 14. Mai eine Mittelstreckenrakete getestet, aus deren Flugdaten eine theoretische Reichweite von über 4.500 Kilometer errechnet wurde. Am 19. Mai bestätigten nordkoreanische Medien, dass eine Raketenantriebsstufe getestet wurde, die als Teil eines möglichen neuen ICBM-Typs bewertet wurde. Eine weitere Mittelstreckenrakete mit einer Reichweite unter 1.000 Kilometer (Medium-Range Ballistic Missile, MRBM) wurde am 21. Mai von einem mobilen Transporter aus gestartet. Dabei handelte es sich um den zweiten Test einer Feststoffrakete (Pukguksong-2/KN-15), die nun in die Massenproduktion gehen soll.

Die neuen Feststoffraketen bieten mehr Mobilität, Überlebensfähigkeit und Reaktionsgeschwindigkeit. Anders als Flüssigtreibstoffraketen können sie auch im betankten Zustand transportiert werden, benötigen keine zusätzlichen Tankfahrzeuge und sind

(Foto: KCTV)



Im Mai 2017 wurde die feststoffangetriebene Rakete Pukguksong-2 zum zweiten Mal getestet. Sie soll jetzt in Massenproduktion gefertigt werden.

dadurch schwieriger auffindbar. Zudem sind sie binnen Minuten nach dem Abschussbefehl startklar und daher schwerer aufzuklären und abzufangen. Ob sie auch zuverlässig sind, werden weitere Tests zeigen (in der Vergangenheit haben Nuklearwaffenstaaten ballistische Raketen, die nukleare Gefechtsköpfe tragen sollen, bis zu drei Dutzend Mal getestet).

Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass Nordkorea an der Miniaturisierung nuklearer Gefechtsköpfe arbeitet und Raketen besitzt, die zunehmend mobil, schneller einsetzbar und weitreichender sind. Selbst wenn es sich häufig um fehlerhafte Prototypen handelt, wäre es unverantwortlich, diese Entwicklung zu ignorieren. Schon heute liegen Südkorea und Japan sowie unter Umständen auch der US-Stützpunkt auf Guam in der Reichweite nordkoreanischer Kurz- und Mittelstreckenraketen.

Der ICBM-Test vom 4. Juli 2017 überraschte Experten auch im Pentagon, die darin zunächst den weiteren Test einer Mittel-

streckenrakete vermutet hatten. Die Flugprüfung einer Interkontinentalrakete war frühestens im nächsten Jahr erwartet worden. Nun wurde eine Rakete getestet, die nach 37 Minuten 930 Kilometer weit entfernt vom Abschussort im Japanischen Meer bzw. Koreanischen Ostmeer landete. Sie soll eine interkontinentale Reichweite von 6.700 Kilometern erreichen können, wodurch Pjöngjang erstmals eine Großstadt in den USA, nämlich Anchorage in Alaska, bedrohen kann.

Wie reagieren die USA?

Nordkorea bedroht amerikanische Verbündete und kann darüber hinaus zum Schaden der USA das Nichtverbreitungsregime zerstören und die Proliferation von Nuklearwaffen und Raketentechnologie befördern. In Zukunft können nicht nur Südkorea und Japan sowie die US-Basis auf Guam, sondern auch das Festland der USA direkt bedroht werden.

Autoren

Dr. Michael Paul ist Senior Fellow und **Elisabeth Suh** ist Gast in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Berlin.

Grob zusammengefasst bestehen drei Handlungsoptionen für die USA und ihre Verbündeten, um Nordkorea von einer weiteren Eskalation abzuhalten: Eine militärische Intervention, verstärkte Maßnahmen zur Abschreckung und Verteidigung sowie Diplomatie und Dialog.

Militärische Intervention

Die USA haben eine glaubwürdige Drohkulisse im Pazifik aufgebaut, um Druck auf Nordkorea ausüben und militärisch eingreifen zu können. Dazu gehören Flugzeugträgergruppen und Angriffsunterseeboote, die mit Marschflugkörpern diverse Ziele angreifen können. US-Vizepräsident Mike Pence warnte schon bei einem Besuch der demilitarisierten Zone im April 2017 mit Hinweis auf die Militärschläge in Syrien und Afghanistan davor, „die Stärke und Entschlossenheit unseres neuen Präsidenten“ und „die Stärke amerikanischer Streitkräfte“ zu unterschätzen. Jedoch bleibt ein präemptiver Waffeneinsatz die gefährlichste und am wenigsten Erfolg ver-

pan liegen in Reichweite ballistischer Raketen; sie können mit nuklearen Gefechtsköpfen bestückt werden und Pjöngjang soll auch fähig zum Einsatz biologischer und chemischer Kampfmittel sein. Schließlich ist selbst bei massivem Waffeneinsatz anzunehmen, dass eine militärische Intervention die Entwicklung nuklearwaffenfähiger Langstreckenraketen nur verzögern, nicht aber in Gänze beenden kann.

Abschreckung und Verteidigung

Um eine direkte Gewaltanwendung zu umgehen, aber zugleich Druck auf Nordkorea auszuüben, werden die Fähigkeiten zur Abschreckung und Verteidigung der USA und seiner asiatischen Verbündeten verstärkt. Neben Manövern mit den Streitkräften Südkoreas werden zeitweilig zusätzliche Kampfflugzeuge und Bomber stationiert sowie die unter Barak Obama verstärkten Cyber-Operationen fortgeführt. Dies entspricht auch dem Ansatz der Trump-Regierung, maximalen Druck auszuüben und sich zugleich für die Wiederaufnahme von

Testrakete könnte so ungewollt auch die Defizite der US-Raketenabwehr demonstrieren und außerdem unabsehbare Reaktionen bewirken, indem eine Eskalation ausgelöst wird, die es eigentlich zu verhindern gilt.

Diplomatie und Dialog

Bei der Umsetzung von Sanktionen spielt die Kooperation Chinas eine wichtige, derzeit auch aus Sicht der Administration von Donald Trump noch unersetzliche Rolle. Die Regierung in Peking ruft seit Jahren Pjöngjang und Washington dazu auf, ohne weitere Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Diplomatie mit Nordkorea stellt jedoch ein normatives Dilemma für die USA dar: Mit dem umstrittenen Austritt aus dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) 2003 und der Weiterentwicklung des Nuklearwaffenprogramms schadet Pjöngjang der Universalität des internationalen NVV-Regimes. Etwaige Verhandlungen würden demnach den Nuklearwaffenstand des nordkoreanischen Regimes de facto anerkennen

Foto: U.S. Marine Corps



US-Marines bei einer gemeinsamen Übung von US- und südkoreanischen Streitkräften im Juni 2017

sprechende Option.

Potenzielle Ziele wie Kommando- und Führungsanlagen sowie die Entwicklungsstandorte für Nuklearwaffen und diverse Raketenstartbasen sind weiträumig im Land verteilt; viele Anlagen und Depots sind unterirdisch angelegt und manche aufgrund schlechter Aufklärungsfähigkeit unbekannt (nur ein Drittel Nordkoreas kann jeweils durch US-Spionagesatelliten beobachtet werden). Alle Standorte sind durch Luftschläge oder Spezialkräfte kaum zeitgleich zu zerstören. Jede militärische Intervention ist daher mit hoher Unsicherheit und mit vielen Risiken verbunden. Der Konflikt kann schnell eskalieren und hunderttausende Opfer verursachen: Etwa die Hälfte der Bevölkerung Südkoreas lebt in Seoul, das in Reichweite nordkoreanischer Artillerie liegt. Tokio sowie US-Basen in Ja-

Verhandlungen einzusetzen.

Als bevorzugtes Mittel der Wahl gilt der Ausbau der Raketenabwehrsysteme im trilateralen Rahmen USA, Japan und Südkorea. Insbesondere die Technologie (Aegis und Standard Missile, SM) wird weiterentwickelt: Seit 1998 arbeitet Tokio an besseren Interzeptoren der US-Rüstungsfirma Raytheon zum Typ SM-3 Block IIa für die japanische Marine. Sie kann künftig unter Umständen durch ein zusätzliches landgestütztes System (Aegis Ashore) entlastet werden. Selbst die Abwehrsysteme der USA sind aber bisher wenig erfolgreich im Einsatz gegen ballistische Langstreckenraketen, obwohl allein in die Missile Defense Agency etwa 190 Milliarden US-Dollar seit 1985 investiert worden sind. Ein denkbarer Einsatz amerikanischer oder japanischer Aegis-Schiffe gegen eine nordkoreanische

und seinen Bruch internationaler Normen honorieren.

Dieses Dilemma führt auch dazu, dass das strategische Ziel keiner US-Administration bislang unterhalb des Ziels vollständiger Denuklearisierung Nordkoreas lag. Auch der Ansatz maximalen Drucks folgt dieser Linie: Dabei wird weder ein Regimewechsel angestrebt noch gilt als Ziel von Verhandlungen ein Rüstungskontrollregime als erstrebenswert. Denn selbst wenn eine vollständige Abrüstung auf den ersten Blick unrealistisch erscheint, wird dennoch das Ziel einer Denuklearisierung aufrechterhalten. Andernfalls könnten in Japan oder Südkorea Überlegungen für die Herstellung eigener oder zur Stationierung taktischer US-Nuklearwaffen wieder aufgenommen werden, und dies könnte weltweit die nukleare Proliferation befördern.

Ein Rüstungskontrollregime könnte von Pjöngjang fordern, seinen Nuklearwaffenbestand auf dem aktuellen Niveau einzufrieren (freeze). Dazu müsste jedoch gewährleistet sein, dass die eingefrorene Entwicklung verifizierbar ist. Nordkorea verwies 2003 die letzten Inspektoren der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) des Landes. Ein Zugang zukünftiger Inspektoren wird wohl unter viele Bedingungen gestellt werden. Selbst wenn ein Freeze durchsetzbar ist, bleibt das Risiko der Weitergabe von Nuklearwaffentechnologie. Ob mit Denuklearisierung oder Freeze als Ziel von Verhandlungen, in jedem Fall wird Nordkorea weitgehende Zugeständnisse von den USA fordern – unter Umständen sogar den Abzug von US-Truppen aus Südkorea, was aber nur unter Preisgabe des Bündnisses mit Seoul realisierbar wäre.

„It won't happen!“ oder: Was nun?

Nordkorea hat wichtige Fortschritte erzielt und einen ersten ICBM-Test durchgeführt. Washington erhielt zum Unabhängigkeitstag ein fatales „Geschenk“: eine zumindest theoretisch zum Transport eines nuklearen Sprengsatzes fähige Interkontinentalrakete. Trump hat erklärt, dies werde nicht geschehen. Wie Obama wird aber auch Trump strategische Geduld brauchen, da eine militärische Intervention zu riskant ist und Erfolg versprechende Verhandlungen langwierig sind. Zunächst wird weiterer Druck durch Sanktionen aufgebaut werden. Entscheidend ist die chinesische Haltung. Aber will Peking nicht vielmehr den fragilen Status quo erhalten, in dem Nordkorea auch als Puffer gegen weitergehende geostrategische Ambitionen der USA wirkt als zu großen Druck auszuüben? Die Rakentests zeigen, dass Pjöngjang um diese grundsätzlichen, geopolitischen Dissonanzen weiß und geschickt seine Grenzen bei der Waffenentwicklung ausreizt. Einmal mehr wäre ein Dreiklang von Abschreckung, Verteidigung und Dialog notwendig. Aber sind die USA unter Trump fähig, einen solch schwierigen diplomatischen Kurs nicht nur einzuleiten, sondern auch durchzuhalten? Oder soll gar Seoul die Führung übernehmen? USA, China und Russland unterstützen eine Führungsrolle der südkoreanischen Regierung in Bezug auf innerkoreanischen Austausch und Annäherung. Das ist eine politisch bequeme Position für diese Staaten, zumal humanitäre und wirtschaftliche Themen wie Familienzusammenführung und Wirtschaftskooperation im Vordergrund stehen. Dies wird jedoch nicht die nukleare Frage lösen. Der südkoreanische Präsident


Moon Jae In machte in einer Rede in Berlin am 6. Juli deutlich, dass er seine Politik an die „Sonnenscheinpolitik“ von Kim Dae-jung und Roh Moo-hyun anknüpfen will; eine Politik, die innerkoreanische Aussöhnung und ein „Friedensregime“ anstrebt. Er erweiterte diese Politik, in dem er explizit von einem Friedensvertrag sprach und die hierfür notwendigen (und weiteren) legalen Hürden in Südkorea beheben will. Wie er dies ohne Mehrheit im Parlament umsetzen will, ist fraglich. Eine Annäherung zwischen Nord- und Südkorea kann jedoch unter Umständen als Türöffner für die nukleare Frage fungieren; dabei sieht Nordkorea in Südkorea nicht einen gleichwertigen Partner für

Sicherheitsfragen, der Gesprächspartner in Bezug auf nukleare Themen sind allein die USA. Noch immer wird Südkorea als Puppe der USA bezeichnet und Pjöngjang sieht sich als einziges unabhängiges koreanisches Regime, das bilaterale Gespräche mit den USA verdient hat. Es bedarf daher einer ganzen Reihe kleiner diplomatischer Schritte, wenn dem Ende von Provokationen eine innerkoreanische Annäherung folgen soll und schließlich weitere multilaterale Gespräche auch mit den USA folgen sollen. Das bewährte Format der Sechsparteien-Gespräche unter Hinzuziehung von China, Japan und Russland könnte dafür den passenden Rahmen bieten. ■

Verteidigungsausgaben der NATO-Länder

Die NATO hat mit Stichtag 26. Juni 2017 Informationen zu den Verteidigungsausgaben der verbündeten Länder veröffentlicht. Die wichtigsten Kennzahlen sind neben den Gesamtausgaben die Zwei-Prozent-Regel (Bezugsgröße BIP) und die 20-Prozent-Regel (Bezugsgröße Verteidigungshaushalt).

Die NATO-Länder haben für 2017 Ausgaben in Höhe von 915 Mrd. Euro geplant. Seit 2010 waren die Ausgaben von über 1.000 Mrd. Euro auf 871 Mrd. Euro (2015) gefallen und haben sich seitdem leicht erholt. Fast drei Viertel der Ausgaben entfallen auf die USA (596,2 Mrd. Euro), die auch mit dem Anteil am BIP von 3,6 Prozent weit über allen Alliierten liegen. Zu den Top Ten gehören Großbritannien (47,9 Mrd. Euro), Frankreich (38,7 Mrd. Euro) und Deutschland (37,4 Mrd. Euro).

 Verteidigungsausgaben 2017 in Milliarden Euro	Anteil am BIP	Anteil Investitionen	
USA	596,2	3,58	28,6 %
Großbritannien	47,9	2,14	22,0 %
Frankreich	38,7	1,79	24,2 %
Deutschland	37,4	1,22	14,1 %
Italien	19,7	1,13	20,9 %
Kanada	17,7	1,31	19,4 %
Türkei	10,7	1,52	30,4 %
Spanien	10,2	0,92	19,3 %
Polen	8,7	2,01	22,5 %
Niederlande	8,2	1,17	16,8 %

Insgesamt erfüllen sechs Länder, darunter USA und Griechenland, die Vorgabe der NATO, zwei Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben bereitzustellen. Seit 2017 neu dabei sind Rumänien und Polen. Deutschland gibt aktuell 1,22 Prozent des BIP für die Verteidigung aus und arbeitet weiter daran, die zwei Prozent zu erreichen. Umstritten ist allerdings, ob die Bundesrepublik diese Grenze erreichen sollte, denn das würde bedeuten, dass eine Summe von ca. 60 Mrd. Euro allein für Verteidigungsausgaben verwendet wird. Darüber hinaus werden bei 13 Ländern gemäß der Regel 20 Prozent des Verteidigungshaushalts für neue Investitionen ausgegeben. Dabei fällt auf, dass beispielsweise Bulgarien seinen Anteil innerhalb der letzten drei Jahre von zwei auf knapp 30 Prozent erhöht hat. Weitere Länder, die diese Vorgabe erfüllen, sind seit 2017 Rumänien, Lettland und Polen. Auch hier liegt Deutschland mit etwas über 14 Prozent unterhalb der vorgegebenen Grenze. Der vollständige Bericht kann von der Webseite der NATO heruntergeladen werden. (gwh/bk)